

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 179/2020
vom 11. Dezember 2020
zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2023/1981]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2018/1629 der Kommission vom 25. Juli 2018 zur Änderung der Liste der Seuchen in Anhang II der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽²⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (3) Die Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen ⁽³⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (4) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/690 der Kommission vom 17. Dezember 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der gelisteten Seuchen, die Überwachungsprogrammen in der Union unterliegen, des geografischen Geltungsbereichs solcher Programme und der gelisteten Seuchen, für die der Status „seuchenfrei“ von Kompartimenten festgelegt werden kann ⁽⁴⁾ ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.
- (5) Die Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 ⁽⁵⁾, die mit dem Beschluss Nr. 210/2019 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses ⁽⁶⁾ in das EWR-Abkommen aufgenommen wurde, ist ebenfalls als Änderungsrechtsakt zur Verordnung (EU) 2016/429 hinzuzufügen.
- (6) Mit der Verordnung (EU) 2016/429 werden die Richtlinien 90/423/EWG ⁽⁷⁾ und 98/99/EG des Rates ⁽⁸⁾ aufgehoben, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurden und daher aus diesem zu streichen sind.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 11.

⁽³⁾ ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21.

⁽⁴⁾ ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 341.

⁽⁵⁾ ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. L 4 vom 5.1.2023, S. 11.

⁽⁷⁾ ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 13.

⁽⁸⁾ ABl. L 358 vom 31.12.1998, S. 107.

- (7) Mit der Verordnung (EU) 2016/429 werden mit Wirkung vom 21. April 2021 die Richtlinien 64/432/EWG⁽⁹⁾, 82/894/EWG⁽¹⁰⁾, 88/407/EWG⁽¹¹⁾, 89/556/EWG⁽¹²⁾, 90/429/EWG⁽¹³⁾, 91/68/EWG⁽¹⁴⁾, 92/35/EWG⁽¹⁵⁾, 92/65/EWG⁽¹⁶⁾, 92/118/EWG⁽¹⁷⁾, 92/119/EWG⁽¹⁸⁾, 2002/99/EG⁽¹⁹⁾, 2004/68/EG⁽²⁰⁾, 2006/88/EG⁽²¹⁾, 2009/156/EG⁽²²⁾, 2009/158/EG⁽²³⁾ des Rates sowie die Beschlüsse 91/666/EWG⁽²⁴⁾, 95/410/EG⁽²⁵⁾ und 2000/258/EG⁽²⁶⁾ des Rates, aufgehoben, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurden und daher mit Wirkung vom 21. April 2021 aus diesem zu streichen sind.
- (8) Mit der Verordnung (EU) 2016/429 werden mit Wirkung vom 21. April 2024 die Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates⁽²⁷⁾ sowie die Richtlinien 92/66/EWG⁽²⁸⁾, 2000/75/EG⁽²⁹⁾, 2001/89/EG⁽³⁰⁾, 2002/60/EG⁽³¹⁾, 2003/85/EG⁽³²⁾, 2005/94/EG⁽³³⁾ und 2008/71/EG⁽³⁴⁾ des Rates aufgehoben, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurden und daher mit Wirkung vom 21. April 2024 oder zu einem früheren Zeitpunkt, der in einem in das EWR-Abkommen aufgenommenen delegierten Rechtsakt festgelegt wird, aufgehoben.
- (9) Mit der Verordnung (EU) 2016/429 wird mit Wirkung vom 21. April 2026 die Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽³⁵⁾ aufgehoben, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurde und daher mit Wirkung vom 21. April 2026 aus diesem zu streichen ist.
- (10) Dieser Beschluss betrifft Rechtsvorschriften, die Bestimmungen in Bezug auf andere lebende Tiere als Fische und Tiere der Aquakultur sowie tierische Erzeugnisse wie Eizellen, Embryonen und Sperma enthalten. Nach Absatz 2 des Einleitenden Teils von Anhang I Kapitel I des EWR-Abkommens gelten die diesbezüglichen Bestimmungen nicht für Island.
- (11) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten veterinärrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.
- (12) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

⁽⁹⁾ ABl. L 121 vom 29.7.1964, S. 1977.

⁽¹⁰⁾ ABl. L 378 vom 31.12.1982, S. 58.

⁽¹¹⁾ ABl. L 194 vom 22.7.1988, S. 10.

⁽¹²⁾ ABl. L 302 vom 19.10.1989, S. 1.

⁽¹³⁾ ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 62.

⁽¹⁴⁾ ABl. L 46 vom 19.2.1991, S. 19.

⁽¹⁵⁾ ABl. L 157 vom 10.6.1992, S. 19.

⁽¹⁶⁾ ABl. L 268 vom 14.9.1992, S. 54.

⁽¹⁷⁾ ABl. L 62 vom 15.3.1993, S. 49.

⁽¹⁸⁾ ABl. L 62 vom 15.3.1993, S. 69.

⁽¹⁹⁾ ABl. L 18 vom 23.1.2003, S. 11.

⁽²⁰⁾ ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 321.

⁽²¹⁾ ABl. L 328 vom 24.11.2006, S. 14.

⁽²²⁾ ABl. L 192 vom 23.7.2010, S. 1.

⁽²³⁾ ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 74.

⁽²⁴⁾ ABl. L 368 vom 31.12.1991, S. 21.

⁽²⁵⁾ ABl. L 243 vom 11.10.1995, S. 25.

⁽²⁶⁾ ABl. L 79 vom 30.3.2000, S. 40.

⁽²⁷⁾ ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 8.

⁽²⁸⁾ ABl. L 260 vom 5.9.1992, S. 1.

⁽²⁹⁾ ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 74.

⁽³⁰⁾ ABl. L 316 vom 1.12.2001, S. 5.

⁽³¹⁾ ABl. L 192 vom 20.7.2002, S. 27.

⁽³²⁾ ABl. L 306 vom 22.11.2003, S. 1.

⁽³³⁾ ABl. L 10 vom 14.1.2006, S. 16.

⁽³⁴⁾ ABl. L 213 vom 8.8.2008, S. 31.

⁽³⁵⁾ ABl. L 178 vom 28.6.2013, S. 1.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I Kapitel I des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Der Text von Absatz 9 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

- „a) **32002 R 0178**: Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1)

Die EFTA-Staaten werden aufgefordert, Beobachter zu den Sitzungen des Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel zu entsenden, der mit der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 eingesetzt wurde und der sich mit Angelegenheiten befasst, die unter die in dem Abkommen genannten Rechtsakte fallen. Die Vertreter der EFTA-Staaten nehmen uneingeschränkt an der Arbeit des Ausschusses teil, haben jedoch kein Stimmrecht.“

2. In Teil 1.1 wird nach Nummer 12 (gestrichen) Folgendes eingefügt:

„Tiergesundheit

13. **32016 R 0429**: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1), berichtigt in ABl. L 57 vom 3.3.2017, S. 65, geändert durch:
- **32017 R 0625**: Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1)
 - **32018 R 1629**: Delegierte Verordnung (EU) 2018/1629 der Kommission vom 25. Juli 2018 (ABl. L 272 vom 31.10.2018, S. 11)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) In Artikel 49 Absatz 1 werden nach dem Wort ‚Mitgliedstaaten‘ die Worte ‚und Norwegen‘ eingefügt.

Norwegen verpflichtet sich, die Kosten für den Transport und den Ersatz der Antigene, Impfstoffe und diagnostische Reagenzien zu tragen, die im Rahmen dieser Bestimmung an Norwegen geliefert werden.

- b) Was die EFTA-Staaten betrifft, erhält der Wortlaut von Artikel 243 folgende Fassung:

„Die Rechtsvorschriften der EFTA-Staaten zur Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen, die auf Mensch und Tier übertragbar sind, müssen den einschlägigen Anforderungen des Tiergesundheitsrechts entsprechen, einschließlich wirksamer Maßnahmen, die gewährleisten, dass Tiere und Erzeugnisse, die in einem EU-Mitgliedstaat Verbringungsbeschränkungen unterliegen, nicht über einen EFTA-Staat in ein Drittland ausgeführt oder wiederausgeführt werden können.“

- c) Die Artikel 258, 259, 261 und 262 gelten mit folgenden Anpassungen:

- i) Die EFTA-Staaten ergreifen gleichzeitig mit den EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen, die den von letzteren auf der Grundlage der gemäß diesen Bestimmungen erlassenen einschlägigen Durchführungsrechtsakte getroffenen Maßnahmen entsprechen.
- ii) Treten Schwierigkeiten bei der Anwendung des Durchführungsrechtsakts auf, so unterrichtet der betreffende EFTA-Staat unverzüglich den Gemeinsamen EWR-Ausschuss.

- iii) Die Anwendung dieser Bestimmungen lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein EFTA-Staat bis zum Erlass der in Ziffer i genannten Rechtsakte einseitige Schutzmaßnahmen ergreift.
- iv) Der Gemeinsame EWR-Ausschuss kann die Durchführungsrechtsakte zur Kenntnis nehmen.
- d) In Artikel 279 werden in Bezug auf die EFTA-Staaten die Worte ‚Anwendung dieser Verordnung‘ durch die Worte ‚Inkrafttreten des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 179/2020‘ ersetzt.

Dieser Rechtsakt findet in den Bereichen, auf die in Absatz 2 des Einleitenden Teils Bezug genommen wird, auf Island Anwendung.

- 13a. **32018 R 1882**: Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission vom 3. Dezember 2018 über die Anwendung bestimmter Bestimmungen zur Seuchenprävention und -bekämpfung auf Kategorien gelisteter Seuchen und zur Erstellung einer Liste von Arten und Artengruppen, die ein erhebliches Risiko für die Ausbreitung dieser gelisteten Seuchen darstellen (ABl. L 308 vom 4.12.2018, S. 21)

Dieser Rechtsakt findet in den Bereichen, auf die in Absatz 2 des Einleitenden Teils Bezug genommen wird, auf Island Anwendung.

- 13b. **32020 R 0690**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/690 der Kommission vom 17. Dezember 2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der gelisteten Seuchen, die Überwachungsprogrammen in der Union unterliegen, des geografischen Geltungsbereichs solcher Programme und der gelisteten Seuchen, für die der Status ‚seuchenfrei‘ von Kompartimenten festgelegt werden kann (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 341)

Dieser Rechtsakt findet in den Bereichen, auf die in Absatz 2 des Einleitenden Teils Bezug genommen wird, auf Island Anwendung.“

3. Unter Teil 1.1 Nummer 7c (Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates) und Teil 7.1 Nummer 8b (Verordnung (EG) Nr. 2160/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates) wird jeweils folgender Gedankenstrich angefügt:

„— **32016 R 0429**: Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1)“

4. In Teil 3.1 wird der Text von Nummer 2 (Richtlinie 90/423/EWG des Rates) gestrichen.
5. Der Wortlaut der Nummern 4 (Richtlinie 92/35/EWG des Rates), 8a (Richtlinie 2006/88/EG des Rates), 9 (Richtlinie 92/119/EWG des Rates) und 10 (Richtlinie 82/894/EWG des Rates) in Teil 3.1, 7 (Beschluss Nr. 91/666/EWG des Rates) in Teil 3.2, 1 (Richtlinie 64/432/EWG des Rates), 2 (Richtlinie 91/68/EWG des Rates), 3 (Richtlinie 2009/156/EG des Rates), 4a (Richtlinie 2009/158/EG des Rates), 5a (Richtlinie 2006/88/EG des Rates), 6 (Richtlinie 89/556/EWG des Rates), 7 (Richtlinie 88/407/EWG des Rates), 8 (Richtlinie 90/429/EWG des Rates) und 9 (Richtlinie 92/65/EWG des Rates) in Teil 4.1, 37 (Beschluss Nr. 95/410/EG des Rates) und 54 (Beschluss 2000/258/EG des Rates) in Teil 4.2, 6a (Richtlinie 2002/99/EG des Rates) und 7 (Richtlinie 92/118/EWG des Rates) in Teil 5.1, 15 (Richtlinie 92/118/EWG des Rates) in Teil 6.1, 2 (Richtlinie 2009/156/EG des Rates), 3a (Richtlinie 2009/158/EG des Rates), 4a (Richtlinie 2006/88/EG des Rates), 5 (Richtlinie 89/556/EWG des Rates), 6 (Richtlinie 88/407/EWG des Rates), 7 (Richtlinie 90/429/EWG des Rates), 15 (Richtlinie 92/65/EWG des Rates), 16 (Richtlinie 92/118/EWG des Rates) und 16a (Richtlinie 2004/68/EG des Rates) in Teil 8.1 werden mit Wirkung vom 21. April 2021 gestrichen.
6. Der Wortlaut der Nummern 7b (Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates) und 7d (Richtlinie 2008/71/EG des Rates) in Teil 1.1 sowie der Nummern 1a (Richtlinie 2003/85/EG des Rates), 3 (Richtlinie 2001/89/EG des Rates), 5a (Richtlinie 2005/94/EG des Rates), 6 (Richtlinie 92/66/EWG des Rates), 9a (Richtlinie 2000/75/EG des Rates) und 9b (Richtlinie 2002/60/EG des Rates) in Teil 3.1 wird mit Wirkung vom 21. April 2024 oder zu einem in einem delegierten Rechtsakt festgelegten früheren Zeitpunkt gestrichen.
7. Der Text von Teil 1.1 Nummer 10 (Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates) wird mit Wirkung vom 21. April 2026 gestrichen.

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2016/429, der Delegierten Verordnung (EU) 2018/1629 sowie der Durchführungsverordnungen (EU) 2018/1882 und (EU) 2020/690 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag nach Eingang der letzten Mitteilung gemäß Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens in Kraft *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 11. Dezember 2020.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Sabine MONAUNI

* Das Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde mitgeteilt.